

Blattzeit, bei der die Abrechnung auf letzter Seite anzuwenden. ist, der aber noch nicht entfernt ist, entgegenläuft.

Zeitschrift

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenspreiser:
Die 8 Spalten 24 mal breite
Wahlzettel oder deren Raum
30 Pf. und Zeitungen die 2 mal
breite 20 mal breite 90 Pf. Anzeigenspreiser. Anzeigenspreiser.
Schreibung und Haupt-Druck-
Anzeigenspreiser: Halle, Neue Promenade
1., 6c. Druckmaschinen, 17. Neben-
Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 22 und Markt 24.
Halle-Schneeberg Leipzig Nr. 2460.

Bezugspreise:
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Lieferung 3.00 Mark, vierteljährlich
9.00 Mark, durch die Post 7.50 Mark
einschl. Postgebühren. Bestellungen
werden von allen Reichspostämtern
angenommen. Im amtlich. Zeitungszustellung
und Einzahlung eingetragenen. Für
unreingelegte eingegangene Monats-
preise wird keine Gewähr übernommen.
Hochdruck nur mit der Zustimmung
des Verlags. Halle-Zeitung Nr. 1142
u. 7411, der Zeitung-Abg. Nr. 1142
u. 7411, der Zeitung-Abg. Nr. 1133

Die Eisenbahnerbewegung in Deutschland.

Keine Verschärfung der Lage in Frankfurt a. M.

WTB. Frankfurt a. M., 7. Januar. Nach Wiedlung der „Frankf. Ztg.“ ist eine Verschärfung der Lage bei den Eisenbahner nicht eingetreten, eher eine Besserung, doch ist von einer vollen Wiederkehr der Arbeit noch keine Rede. Die Streikungen und Forderungen auf dem Hauptbahnhof dauern noch an, namentlich im Dreisesselzug.

Die Düsseldorfer Eisenbahner gleichfalls ausständig

Düsseldorf, 7. Jan. (Eig. Drahtnachricht.) Die Eisenbahner sind gestern mittag, nachdem vorher eine Betriebsversammlung stattgefunden hatte, in den Ausstand getreten. Die Ursache liegt in Konfliktsangelegenheiten. Die Besatzung hat sich dem Ausstand nicht angeschlossen, teilweise auch an Stelle der Arbeiter keine von diesen bisher ausgesetzten Arbeitern. Der Ausstand ist umso bedauerlicher, als die industriellen Werke infolge des Kohlenmangels keine Kohlenvorräte mehr haben und bei einem Ausfall des Streiks vom Erliegen kommen würden. Das Gleiche tritt auch für die städtischen industriellen Betriebe, die Kraft- und Wasserwerke, ein. Wie wir bestimmt vernahmen, hat sich bisher der Eisenbahnminister den Forderungen der Ausständigen gegenüber ablehnend verhalten.

Auch Schlessen rührt sich.

Breslau, 7. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Die „Schlesische Zeitung“ meldet, daß die Eisenbahnerbewegung im Reich namentlich auch auf Schlessen übergriffen hat. Nachdem in Oberschlessen bereits in der Vorwoche von den Eisenbahner Forderungen aufgestellt wurden, wurde am Montag in einer Eisenbahnerversammlung in Breslau ein Entschluß gefaßt, mit welchem eine Winkelspaltung von 60 M. pro Woche bis zum 10. Januar verlangt wird, widrigenfalls mit dem Ausstand zu rechnen wäre.

Streik in Bochum und Langendreer.

WTB. Bochum, 6. Januar. Nachdem ein Teil der Eisenbahner auf dem Anglerbahnhof in Dortmund in den Streik getreten ist, beschloßen die Arbeiter des Bahnhofs Langendreer heute abend auch in den Streik zu treten.

Eiberfeld leiert gleichfalls.

Eiberfeld, 7. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Die Bahnhofe des Eisenbahndirektionsbezirks Eiberfeld haben ihren Dienst eingestellt. Er verkehren nur noch Mühlzüge. Die notwendigen Arbeiten werden ausgeführt.

Forderungen der sächsischen Eisenbahner.

Dresden, 7. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Auch die sächsischen Eisenbahner sind namentlich mit Forderungen an die sächsische Regierung herantreten. Sie verlangen gleichfalls eine beträchtliche Erhöhung ihrer Bezüge.

Verbesserte Kohlenversorgung der Berliner Industriellen.

Berlin, 7. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Die Versorgung der Berliner Industrie mit Kohlen wird eine Besserung erfahren. Auf eine ausreichende Versorgung ist jedoch nicht zu rechnen. Von den in kürzlich abgewickelten 180 Kohlenlöhnen sind 11 im Laufe des gestrigen Tages bereit worden, weitere 28 werden folgen. Die Industrie AG in der Braunkohlengruben beginnt heute umfänglich mit 70 Prozent der Belegschaften zu arbeiten. Die Endlieferung des Löwenbergs wird in einigen Tagen erfolgen.

Die Urteilsbegründung im Falle Roehling

Berlin, 7. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Ueber den Inhalt der Gründe, die zur Verurteilung der Ritter Roehling führten, erfahren wir namentlich Abwärts aus dem einsehenden Bericht, den der Verurteilter erläßt. Der sächsische Kriegsgericht dem Gerichts herrn über das Ergebnis des Verfahrens mitgeteilt hat. Hermann Roehling hat als Vertreter seines Wertes Verhandlungen mit der deutschen Regierung geführt wegen Ankauf der durch Abbruch eines französischen Wertes zu gewinnenden Maschinen zur Herstellung der Werke in Diebendorf, die von der Regierung dauernd gemietet wurden, weil die Werke in Diebendorf infolge dauernder Mangelerscheinung nicht das genügende Quantum an Feuermaterial liefern konnten. Hermann Roehling wird vorgeworfen, daß er sich an diesen Maßnahmen beteiligt habe, und außerdem wird er beschuldigt, daß er in seiner Eigenschaft als Offizier die ihm erteilten Befehle zur Beschaffung von Material aus belgischen und französischen Fabriken nicht für seine eigenen Werke, sondern zu anderen Zwecken auszuführen habe. Ihm wird weiter vorgeworfen, daß er außerdem bei der Durchführung seiner Wohnung gesunde Gegenstände gestohlen habe. Die Ausführungen des französischen Richterleiters lassen aber erkennen, daß er sich über den rechtmäßigen Erwerb dieser Gegenstände hat ausweisen können. Es ist auch insoweit festgestellt. Dazu kann nun festgestellt werden, daß Robert Roehling nur die ihm erteilten Befehle ausgeführt hat. Der Richterleiter beschränkt die beklagte Regierung das Recht zur Beschaffung der französischen Maschinen und bezeichnet ihr Vergehen als eine Verletzung des gemeinen und des Völkerrechts. Für diese Verletzung sei nicht nur die Regierung verantwortlich, vielmehr treffe die Verantwortlichkeit auch die deutschen Richterleiters, die am ihres Vortreffes willen von Regierungen Maßnahmen Gebrauch gemacht haben. Es kommt aber weder eine Verletzung des Völkerrechts, noch das Vergehen eines Rechts in Frage. Aber selbst bei einer Verletzung des Völkerrechts kann ein Richterleiters nur gegen das Deutsche Reich heranzugreifen werden, nicht aber gegen dessen Staatsangehörige. Der erwähnte Bericht des Verurteilten des sächsischen Kriegsgerichtes über seine Anwesenheit des Abkommens von Evraux ist auch für die Anklageinstanz von besonderer Bedeutung. In ihm heißt es: Man nehme sich in acht. Hier ist die ganze Ferne der Abklärung der laufenden von Schuldigen und Verantwortlichen im Spiele. Die Schuldigen und Verantwortlichen des Krieges können sich auf diese Sache berufen. Die ihnen einen mit vernünftigen Zwangsfall schaffen wird. Die Richterleitersinstanzung Roehling würde ihnen eine sichere Bürgschaft für ihre eigene Anwesenheitsleistung sein. Denn es kann, wenigstens in letzterem Falle, nicht zweierlei Gerechtigkeit und zweierlei Verantwortlichkeit geben. Wenn wir Roehling entlassen müssen, wenn uns andere Richterleiters in Spanien verpflichtet, nun gut, so müssen wir sein Gefährnis, aber dann verzichten wir endgültig und jenseitig davor, irgendeinen Deutschen wegen einer Kriegshandlung zu verurteilen, beschließen eine allgemeine Amnestie und verzeihen selbst den Verbrechen. Denn wir gemacht haben für die Verantwortlichkeit und das Recht.

Also doch am 10. Januar.

WTB. Paris, 7. Januar. Gamas. Am Dienstag nachmittag wurden die Besprechungen bezüglich der Abklärung der Regierungsabkommen in den Abstimmungsgesellschaften zwischen der durch General Vedard geleiteten Alliierten Kommission und der unter dem Vorhoh von Simson stehenden deutschen Kommission fortgesetzt. Eine neue Sitzung wird heute, Mittwoch, morgen stattfinden, so daß der Ausbruch der Ratifikationsarbeiten nach am Nachmittag des 10. Januar erfolgen kann. Morgen wird sich auch die mit der Abklärung der Oberhoheit von Memel und Danzig betraute Kommission versammeln.

Wer spricht die Wahrheit?

Wurde Oberst Reinhardt der Generalstab angebotener?

Berlin, 7. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) In einer von zukünftigen Stellen kommenden Zukunft, die sich mit dem Fall des Obersten Reinhardt befaßt, wird darauf hingewiesen, daß es ungenügend ist, das General A. Ludwig dem Obersten Reinhardt gesagt haben soll, man wolle ihn, wenn er seinen Absicht eintrüge, zum General ernennen.

Die Zukunft der Donauschiffahrt.

WTB. Budapest, 6. Januar. Ueber die Zukunft der Donauschiffahrt äußert der französische Admiral Katan, die Donau werde in Zukunft eine der wichtigsten Faktoren des europäischen Wirtschaftslebens sein. Von besonderer Wichtigkeit sei die Widmung der Donau, wenn der Rhein-Donau-Kanal fertiggestellt sei. Bedeute dies die Öffnung Mittel- und Osteuropas für die französische Flottille. Zum Sitz des Generalsekretariats der Donauschiffahrt sei Budapest bestimmt.

Verurichtigte Verbrecher festgenommen.

WTB. Berlin, 7. Januar. Heute früh gelang es der Kriminalpolizei, die verurteilten Verbrecher und Wiedererfall mit Erich Strauß zu ergreifen. Sie hielten sich unangewendet in der Kopenhagenerstraße auf. Sie wurden gefesselt nach dem Polizeipräsidium gebracht.

Keine Verminderung der Besatzungstruppen.

Bern, 7. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) In seiner Sitzung am Dienstag nahm der Oberste Rat eine deutsche Note vom 2. Januar zur Kenntnis, in der hauptsächlich mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage Deutschlands um Herabsetzung der für die Abklärungsgeschichte vorgesehenen Truppenstärke der Alliierten gebeten wird. Der Oberste Rat lehnte den Inhalt der Note ab, die der deutschen Werbung übergeben werden soll und in der mitgeteilt wird, daß eine Herabsetzung der Truppenstärke gegenwärtig nicht in Betracht käme. Nach Sandoner Militärmediziner aus Paris werden die Verhandlungen mit Deutschland nach diesem Monat abgeschlossen.

Zum neuen Reichswahlgesetz.

Es gibt in Deutschland eine Serie von Politikern, die sehr ambulant sein können, die aber nicht ungeschädlich sind, wenn sie Gebiete betreten, die nur mit einer streng sachlichen Behandlungsweise gemindert werden können. Es sind dies die so genannten „Politik- und Politik-Kritiker“, die die ganze Politik nur unter dem Gesichtswinkel betrachten, ob man sie zu einer „geleiteten“ Wandlung verarbeiten kann und die sich unerschrocken in der Welt nicht davon abhalten lassen, einen guten oder schlechten Rat, der ihnen gerade eingefallen ist, über irgendeine besondere Bemerkung über politische Persönlichkeiten an den Mann zu bringen. Es die Sache stimmt oder nicht, ob die Atmosphäre vergiftet wird oder nicht, das spielt keine Rolle, die Hauptsache ist für diese Art von Politikern, daß ihre Erzeugnisse ein verbreitendes Publikum in angemessener Mäßigkeit bringen, und daß der Leser sich schmelzen lassen darf, wenn der da angegriffen wird, daß unsere Zeitung es aber wieder einmal richtig gegeben! Solche Artikel sind aber jede sachliche Prüfung und ohne jedes Verantwortlichkeitsgefühl geschrieben. Sie tragen ihr ganzes Gewicht auf — und darin liegt ihre gefährliche Wirkung — dem Publikum das politische Nöckernde abzugeben und ihm Schlagwörter statt gründlicher Belehrung, wühlende Behandlung ergriffener Probleme statt objektiver ruhiger Betrachtungsweise beizubringen. Unser deutsches Volk an sich schon mit geringem politischen Instinkt begabt, wird durch diese Presse zu völliger Unpolitik erzogen.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ haben in einem solchen „geleiteten“ Artikel, überschrieben „Aus der Wahlzelle des Herrn Koch“, mit viel Scharfem und völliger Unkenntnis der in Betracht kommenden Fragen die Thesen des Herrn Koch, die es nicht möglich ist, zu belegen. Der Artikel ist ein Musterbeispiel dafür, wie man, ohne die Absichten des Angegriffenen zu kennen, ohne in die Materie eingeweiht zu sein, mit Verurteilung und Verurteilung behaupten will, was man nicht wissen kann. Das ist das Bild der Politik, die heute in Deutschland herrscht. Die Pläne des Reichsministers Koch zu vermeiden und ihm alle möglichen teuflischen Gedanken anzuheben, obwohl ihm diese Pläne an dem Tage, an dem der Artikel erschien, noch gar nicht bekannt sein konnten. Erst am 3. Januar ist in der „Deutschen Wk. Ztg.“ eine entsprechende authentische Darstellung der Absichten des Ministers erfolgt; der Artikel der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ datiert hingegen schon vom 30. Dezember! Es ist daher wirklich der reine Unfuss, was in dem Artikel des Leipziger Blattes steht; und dieses kämpft wiederholt in der Art des eben Don Quixote gegen Windmühlen an.

Gleich im Anfang wird Herr Koch mit Clemenceau in eine Linie gestellt. Letzterer hat nämlich eine „größliche Vergewaltigung der Verhältnismäßigkeit“ in Frankreich durchgeführt, um sich am Ruber zu erhalten; und Herr Koch legt man unter, daß er dasselbe wolle! Die regierenden Reichsminister, so heißt es da, hätten in ihrer „Wahlzelle“ das Ziel, eine Unterdrückung starker lebendiger autoritativer Persönlichkeiten der Wähler des Reiches erreicht; der Artikel der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ datiert hingegen schon vom 30. Dezember! Es ist daher wirklich der reine Unfuss, was in dem Artikel des Leipziger Blattes steht; und dieses kämpft wiederholt in der Art des eben Don Quixote gegen Windmühlen an.

Gleich im Anfang wird Herr Koch mit Clemenceau in eine Linie gestellt. Letzterer hat nämlich eine „größliche Vergewaltigung der Verhältnismäßigkeit“ in Frankreich durchgeführt, um sich am Ruber zu erhalten; und Herr Koch legt man unter, daß er dasselbe wolle! Die regierenden Reichsminister, so heißt es da, hätten in ihrer „Wahlzelle“ das Ziel, eine Unterdrückung starker lebendiger autoritativer Persönlichkeiten der Wähler des Reiches erreicht; der Artikel der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ datiert hingegen schon vom 30. Dezember! Es ist daher wirklich der reine Unfuss, was in dem Artikel des Leipziger Blattes steht; und dieses kämpft wiederholt in der Art des eben Don Quixote gegen Windmühlen an.



